



News: Studium in Deutschland für junge Leute aus Entwicklungsländern kaum noch finanzierbar

Studiengebühren: Das Ende von "multikulti" an deutschen Unis?

[12.05.2006, mf] Nach Angaben des Deutschen Studentenwerks studieren zur Zeit rund 250000 Ausländer, das sind etwa 10 Prozent aller Studenten, in der Bundesrepublik Deutschland. Mehr als die Hälfte der ausländischen Studierenden kommen aus Schwellen- und Entwicklungsländern. Nur 41000 Studenten kommen aus anderen Industrienationen.

Die Einführung von Studiengebühren an deutschen Universitäten würde laut der Studentenorganisation World University Service (WUS) dazu führen, dass eine Ausbildung an deutschen Universitäten für Interessierte aus Schwellen- und Entwicklungsländern kaum noch finanzierbar sein wird. Nach Angaben des Vorsitzenden von WUS-Deutschland, Kambiz Ghawami, sei die Zahl der Studierenden aus Entwicklungsländern bereits rückläufig.

Ausländern aus sogenannten Drittweltländern steht nach einer Sozialerhebung des Studentenwerks monatlich ein Betrag von rund 600 Euro zur Verfügung, das ist deutlich weniger als der Betrag mit dem deutsche Studenten im Monat auskommen müssen. Zudem haben ausländische Studierende keinen Anspruch auf staatliche Studienförderungen, wie beispielsweise Bafög. Ghawami sieht auch keine Lösung im Angebot der Studienkredite, da Banken Probleme hinsichtlich der Rückzahlung befürchten könnten. Über Stipendien finanzieren zur Zeit nur rund 20 Prozent der ausländischen jungen Leute ihr Studium.

Damit würde eine Erhebung von Studiengebühren aus Sicht Ghawamis eine große finanzielle Hürde für Interessenten aus Ländern wie Ostafrika, der Elfenbeinküste oder Indonesien darstellen und sich damit negativ auf die Bildungselite solcher Schwellen- und Entwicklungsländer auswirken. Nach seiner Ansicht stünde die Einführung von Studiengebühren und die damit verbundene rückläufige Zahl von Studenten aus ärmeren Ländern zum einen den Interessen international orientierter Hochschulen entgegen, zum anderen widerspräche es der Entwicklungspolitik der Bundesregierung.

Um ein Studium in Deutschland auch weiterhin zu ermöglichen und um die finanzielle Lage für ausländische Studierende aus Drittweltländern nicht noch weiter zu verschlechtern fordert Ghawami die Länder auf, von den bundesweit rund 98000 Studenten aus Entwicklungsländern keine Studiengebühren zu verlangen. Ansonsten könne künftig nur noch die ausländische Geldelite, nicht jedoch die Bildungselite in Deutschland studieren.